N i e d e r s c h r i f t

über die 30. Sitzung des Rates der Stadt Gevelsberg
am Donnerstag, 12. Juli 2018 im Ratssaal des Rathauses in Gevelsberg

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Claus Jacobi sind auf ordnungsgemäße Einladung und in beschlussfähiger Zahl anwesend:

1.	Klaus-Günter	B ä r e n f ä n g e r
2.	Stefan	B i e d e r b i c k
3.	Rainer	B i e w a l d
4.	Bernhard	B ö s k e n
5.	Christina	B ö s k e n
6.	Annette	B u ß m a n n
7.	Philipp	C a t t e p o e l
8.	Günter	D e c k e r
9.	Sonja	D e h n
10.	Werner	E n g e l h a r d t
11.	Michael	F a l l e n s t e i n
12.	Ilse	F e h r e n k e m p e r - P f e i l
13.	Benjamin	G a r s k e
14.	Michael	H e r s c h e l
15.	Elke	K r a m e r
16.	Heide	K u s c h a r s k i
17.	Mirela	L i n k e
18.	Werner	M a r o l d
19.	Alba	M a z z o t t a T i r a n n o
20.	Axel	M e r t i n s
21.	Jürgen	M o y s i s z i k
22.	Annette	S t e u d t n e r
23.	Ralf	T e r j u n g
24.	Gerd	V o l l m e r h a u s
25.	Hans-Günther	A d r i a n
26.	Dr. Babett	B o l l e
27.	Nils	B u c h a r t o w s k i
28.	Lothar	F i e s e l m a n n
29.	Herbert	L e u g e r s
30.	Wieland	R a h n
31.	Uwe	S p i l l e
32.	Martina	D i e t z
33.	Dirk	R a b e n s c h l a g
34.	Susanne	D i p p e l
35.	Rolf	R e i c k
36.	Wolfram	T h i e l
37.	Christina	Z e t t

Es fehlen:

1. Borris	K i ß l e r	
2. Robert	S c h i b o r r	
3. Marc	B o g e n s c h e i d e r	(entschuldigt)
4. Sebastian	S c h e e r	(entschuldigt)
5. Petra	B r e m e c k e r	(entschuldigt)

Von der Verwaltung sind anwesend:

1. Kämmerer	S a ß e n s c h e i d t	
2. Herr	P f l e g i n g	
3. Herr	R e m e r	
4. Frau	L e i p h o l z	
5. Frau	S c h ö n e w e i ß	- Schriftführerin –

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

BM Jacobi eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. BM Jacobi stellt fest, dass die Einladung und die Niederschrift der letzten Sitzung allen Ratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen sind und gegen die Niederschrift keine Einwendungen erhoben werden.

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet BM Jacobi Ratsfrau Mirela Linke gem. § 67 Abs. 3 GO NRW, die für die ausgeschiedene Ratsfrau Lina Ammor aus der Reserveliste der SPD in den Rat der Stadt Gevelsberg nachgerückt ist und führt sie in ihr Amt ein.

BM Jacobi schlägt vor, die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um die als Tischvorlage ausliegende Drucksache Nr. 119/2018 „Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH am 04.07.2018“ zu erweitern und gemeinsam unter dem Tagesordnungspunkt 2. mit der Drucksache Nr. 113/2018 „Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Mitgliederversammlung des Bauverein Gevelsberg“ zu behandeln. BM Jacobi schlägt zudem vor, die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um die fristgerecht eingegangenen und bereits an die Ratsmitglieder übersandten Anträge der SPD-Fraktion, die Drucksache Nr. 122/2018, Antrag der SPD-Fraktion; hier: Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Schnellmark/Haufe und die Drucksache Nr. 123/2018, Antrag der SPD-Fraktion; hier: Alternative Mobilitätskonzepte - ÖPNV on demand, zu erweitern und die Drucksache Nr. 122/2018 als neuen Tagesordnungspunkt 10. sowie die Drucksache Nr. 123/2018 als neuen Tagesordnungspunkt 11. der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung und die vorgeschlagene Vorgehensweise werden keine Bedenken erhoben.

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen

BM Jacobi berichtet über ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bahn bezüglich des barrierefreien Umbaus des Hauptbahnhofes, in dessen Rahmen auch die barrierefreie Ausgestaltung des Bahnhofs Berge-Knapp thematisiert wurde.

2. Bestätigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Mitgliederversammlung des Bauverein Gevelsberg eG am 20.06.2018 im Bürgerhaus „Alte Johanneskirche“, Uferstraße 3, 58285 Gevelsberg
- Drucksache Nr. 113/2018 -

und

Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH am 04.07.2018 im Kreishaus in Schwelm, Hauptstraße 92
- Drucksache Nr. 119/2018 -

BM Jacobi lässt über die Drucksache Nr. 113/2018 und die Drucksache Nr. 119/2018 gemeinsam Beschluss fassen.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung des Bürgermeisters Claus Jacobi und des Ratsherrn Hans-Günter Adrian vom 18.06.2018 wird bestätigt.

Die Dringlichkeitsentscheidung des Bürgermeisters Claus Jacobi und des Ratsherrn Hans-Günter Adrian vom 02.07.2018 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung
bei Enthaltung der Ratsfrau Zett
von der Fraktion DIE LINKE

3. Überörtliche Prüfung der Zahlungsabwicklung der Stadt Gevelsberg im Jahr 2018
- Drucksache Nr. 78/2018 -

BM Jacobi weist darauf hin, dass Teilberichte aus dem Gesamtbericht der Gemeindeprüfungsanstalt bereits in den Fachausschüssen behandelt wur-

den. Beabsichtigt sei, die noch nicht durch die Fachausschüsse abgedeckten Teilberichte in die Sitzung des Hauptausschusses nach den Sommerferien zur Beratung einzubringen.

Beschluss:

Der Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung im Jahr 2018 wird zur Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

4. Regionale Vereinbarung über eine gegenseitige Abstimmung im Bereich des großflächigen Einzelhandels
- Drucksache Nr. 105/2018 -

BM Jacobi verweist auf die Ausführungen des Leiters des Fachbereiches Stadtentwicklung und Umwelt, Herrn Remer, in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.07.2018 und erläutert, dass beabsichtigt sei, dass sich die betroffenen Städte wechselseitig unterrichten und argumentativ abstimmen, um die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels dort, wo er sich störend auf die Zentren auswirken könne, präventiv zu begegnen und möglichst auszuschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gevelsberg beschließt, dem Abschluss einer regionalen Vereinbarung über eine gegenseitige Abstimmung im Bereich des großflächigen Einzelhandles und im Umgang mit kommunalen (teil-)regionalen Einzelhandelskonzepten und Gutachten zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung
bei Enthaltung der Ratsfrau Zett
von der Fraktion DIE LINKE

5. 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 8 – „Im Breitenfelde“
hier: Aufstellungsbeschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes und Steuerung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben
- Drucksache Nr. 112/2018 -

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufstellung zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 8 und Steuerung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben auf Grundlage der dieser Vorlage beigefügten Anlagen 1 - 2.

Die Zielsetzung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 – „Im Breitenfelde“ ist die Steuerung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben am Standort.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

6. VEPL 8 – Rosendahler Straße Lidl
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
- Drucksache Nr. 111/2018 -

Beschluss:

a) Der Beschluss zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den in Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Geltungsbereich wird gefasst. Der Geltungsbereich liegt in der Gemarkung Gevelsberg, Flur 6 und umfasst die Flurstücke 136, 682 und 683. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolgt gem. § 2 BauGB i. V. m. § 12 BauGB. Der Vorhaben- und Erschließungsplan erhält die Bezeichnung VEPL 8 – „Rosendahler Straße Lidl“, dient zur Erweiterung des Marktes auf eine Verkaufsfläche von 1.285 m² und ist in Verbindung mit dem Abschluss eines Durchführungsvertrages gemäß § 12 BauGB durchzuführen.

b) Der Rat billigt den dieser Vorlage als Anlage 1 und 2 beigefügten Vorentwurf mit Begründung und Umweltbericht.

c) Der Rat beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

7. Antrag der Fraktion DIE LINKE;
hier: Umbesetzung von Ausschüssen
- Drucksache Nr. 106/2018 -

Beschluss:

Der beigefügte Besetzungsvorschlag der Fraktion DIE LINKE wird zum gemeinsamen Wahlvorschlag erhoben und gewählt wird in den

Ausschuss für Senioren, Gesundheit und Soziales

- anstelle des Mitgliedes Karl-Heinz Tillert (sachkundiger Bürger) das Mitglied Dierk Bremecker (sachkundiger Bürger)

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

8. Änderung der Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Gevelsberg
- Drucksache Nr. 108/2018 -

Ratsfrau Zett führt für die Fraktion DIE LINKE aus, dass diese die Erhöhung der Gebührensatzung für die Musikschule ablehne, da auch die musikalische Bildung ein Bildungsauftrag sei und Bildung kostenfrei erfolgen müsse.

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Anpassung der Musikschulgebühren zum 01.08.2018 und damit dem Nachtrag zur Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Gevelsberg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung
gegen die Stimme der Ratsfrau Zett
von der Fraktion DIE LINKE

9. Übertragung von Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2018
- Drucksache Nr. 120/2018 -

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 nach den dieser Drucksache beigefügten Anlagen gemäß § 22 Abs. 4 GemHVO NRW zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

10. Antrag der SPD-Fraktion; hier: Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Schnellmark/Haufe
- Drucksache Nr. 122/2018 -

Ratsherr Garske erläutert für die SPD-Fraktion die Intention und die zentralen Aspekte des komplexen Antrags. Er weist darauf hin, dass man Werte und Normen, Kommunikationsbereitschaft und Humanvermögen in Form von Solidarität und Empathie in der Familie, im Freundeskreis und im Quartier erlerne. Diese Aussage, angelehnt an Prof. Dr. Klaus-Peter Strohmeier, im Zuge seiner Ausführungen zur Quartiersentwicklung und Nachbarschaftsbeziehungen, hebe prägnant die Bedeutung des Quartiers und der persönlichen Netzwerke vor Ort für die eigene Entwicklung hervor. Politik, Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort seien verpflichtet, tätig zu werden, wenn die lokale Infrastruktur wegbräche, die Institutionen abwandern und die Integration im Stadtteil nachließe. Unterstützt werden müssen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kinderarmut, Migrantenhaushalte, Haushalte mit Älteren und Hilfebedürftigen, die sich im Stadtteil Schnellmark/Haufe konzentrieren. Die Stadtentwicklung

stehe stärker denn je vor vielfältigen Herausforderungen um den demographischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen gerecht werden zu können sowie die Eigendynamiken adäquat zu begleiten. Er weist darauf hin, dass entsprechende Stadtteilkonzepte sicherlich nicht alle Problemlagen lösen, gleichwohl können viele positive Effekte erzielt und der Verringerung der sozialen Integration, der hohen Fluktuation und der Wahlenthaltung entgegengewirkt sowie die lokale Identität, die Identifikation und im Wesentlichen das Miteinander sowie das Nachbarschaftliche gestärkt werden. Investiert werden müsse in die Bürgerinnen und Bürger und in das bürgerschaftliche Engagement.

Ratsherr Adrian bedankt sich für die CDU-Fraktion für den umfassenden und gut recherchierten Bericht. Er weist darauf hin, dass derzeit das Stadtteilentwicklungskonzept Berge-Knapp/Vogelsang noch nicht vollständig abgearbeitet sei und im Innenstadtbereich noch der Umbau des Einkaufszentrums am Vendomer Platz, des Vendomer Platzes sowie des Parkplatzes an der Weststraße umgesetzt werden müssen. Aufgrund der personellen Besetzung der Verwaltung und der Vielzahl der zu erledigenden Aufgaben gibt er zu bedenken, ob der Zeitpunkt für die Erarbeitung und Umsetzung eines weiteren Konzeptes der richtige sei.

BM Jacobi führt aus, dass die Verwaltung es begrüße, wenn entsprechende Anträge aus der politischen Mitte gestellt, Impulse ausgelöst und Entwicklungsprozesse aufgegriffen werden, in bestimmten Quartieren tätig zu werden, die bürgerschaftlich eigenständig getragen und fortgesetzt werden. Im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Gevelsberg sei das Aufgreifen und die Umsetzung des politischen Antrags eine Herausforderung für die Verwaltung, der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen städtebaulich, sozialräumlich und sozialpolitisch gerne stellen, insbesondere, da im Bereich Schnellmark in den letzten Jahren stärkere Verluste institutionalisierter sozialer Substanzen und der Versorgung verzeichnet werden mussten. Wichtig sei, frühzeitig gegenläufige Akzente zu setzen und dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Er regt an, fraktionsübergreifend mit externer Steuerung und Beteiligung der Bürgerschaft, zeitnah erforderliche Prozesse auszuloten, aufzugreifen und umzusetzen. Sofern dies auf den Abschluss der Projekte in Berge-Knapp/Vogelsang, der Innenstadt und am Breitenfeld verschoben werde, drohe möglicherweise zu viel Verlust derzeit noch intakter Substanzen im Quartier Schnellmark/Haufe.

Ratsfrau Zett weist darauf hin, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag grundsätzlich unterstütze, dass die beantragten Maßnahmen jedoch keine Alternativen seien, Kinder- und Altersarmut zu bekämpfen, da diese ganz andere Ursachen hätten. Kinder sollten eine soziale Anbindung, beispielsweise kostenlos Bildung, erhalten, in deren Rahmen sie auch andere Kinder treffen.

Ratsherr Bärenfänger betont den sozialpolitischen Aspekt des Antrags und macht deutlich, dass sich die Kommunalpolitik ihrer Verantwortung nicht mit der Argumentation entziehen könne, dass Themen betroffen seien, die sich durch landes- und bundespolitische Entscheidungen entwickelt haben.

Wichtig und notwendig sei, in einen einem Stadtteil, in dem sich sozialpolitische Problematiken entwickeln, frühzeitig Möglichkeiten auszuloten, dieser Entwicklung mit den zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln entgegenzusteuern. Zu berücksichtigen sei, dass andernfalls die Anzahl der Problemlagen sowie der Hilfebedarfe steige und intensiviere, was sich umfassend auf die Arbeitsbelastung der Verwaltung und die monetäre Situation der Stadt Gevelsberg auswirke.

Ratsfrau Dippel begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der SPD-Fraktion und erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Analyse der Problemlage im Stadtteil Schnellmark/Haufe teile. Im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes im Stadtteil Berge-Vogelsang/Knapp habe sich gezeigt, welche vielfältigen Maßnahmen unter Beteiligung der Bürgerschaft, Einrichtungen und sonstigen Träger der öffentlichen Belange angestoßen und umgesetzt werden. Die Aktivierung der Bürgerschaft sei ein zentrales Element entsprechender Konzepte, so dass die beantragte Erarbeitung eines Stadtteilentwicklungskonzeptes für Schnellmark/Haufe und die Einbindung der Bürgerschaft, der Einrichtungen und sonstigen Träger öffentlicher Belange zeitnah aufgegriffen werden solle. Die Erarbeitung eines Konzeptes könne durchaus parallel zur Umsetzung anderer Konzepte und Maßnahmen erfolgen und sei sinnvoll.

Ratsherr Rabenschlag führt aus, dass seines Erachtens die durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die Errichtung von Spielplätzen und Parkanlagen sowie Straßenverschönerungsmaßahmen entsprechend der Kennzahlen im Haushalt sowie der Ausführungen im Bericht des Landesjugendamtes nicht wirkungsvoll seien. Er gibt zu bedenken, ob entsprechende Konzepte das richtige Mittel seien, die soziologischen Probleme in Gevelsberg zu verringern und schlägt vor, den Antrag in den Fachausschuss, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung zu verweisen, um dort generell Möglichkeiten auszuloten, wie den Problemlagen entgegengewirkt werden könne.

BM Jacobi weist darauf hin, dass die Umsetzung des Antrags der SPD-Fraktion nicht vollumfänglich dazu führen könne, dass sich im Bereich einer intensiven Jugendhilfearbeit mit vielen unterstützenden Maßnahmen die Kosten der Jugendhilfe insgesamt erheblich verringern. Gleichwohl könne dadurch die Vitalität des Stadtteils und das Zusammenleben in Gevelsberg insgesamt deutlich stabiler gehalten werden als anderorts. Gängige Praxis der Gevelsberger Politik und Verwaltung sei, in den Quartieren zu einem Zeitpunkt umzusteuern, zu dem eine Substanz vorhanden sei, auf die man aufbauen könne um eine gute bürgerschaftliche Grundstruktur und Vitalität sowie Stabilität des Zusammenlebens zu erreichen.

Ratsherr Fallenstein führt aus, dass er beruflich intensiv in entsprechende Quartiersprojekte in großen Städten des Ruhrgebietes, deren finanzielle Situation sich durchaus schlechter darstelle als in Gevelsberg, eingebunden sei. Diese Städte nähmen sehr wohl wahr, dass in Gevelsberg hochwertige und effektive Quartiersarbeit geleistet wird. Er habe umfassende berufliche Erfahrungen dahingehend gesammelt, das intensive Quartiersarbeit die Le-

bensqualität der Bürgerinnen und Bürger erheblich aufwerte und Selbstwirksamkeit produziere, die sich pekuniär rechne. Ratsherr Fallenstein verweist darauf, dass der Antrag der SPD-Fraktion sehr qualifiziert und wissenschaftlich fundiert begründet wurde und die Thematik insgesamt ausführlich darstelle.

Nach umfassender Diskussion lässt BM Jacobi über den Antrag Beschluss fassen.

Beschluss:

a) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Stadtteilentwicklungskonzept zur Entwicklung der Schnellmark/Haufe in Auftrag zu geben, um Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen der Quartiersentwicklung nachhaltig, bedarfsgerecht und wirkungsvoll aufeinander abstimmen und umsetzen zu können.

b) Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung – im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung – Planungskosten in den Haushalt einzustellen, um ein Planungsbüro mit der Erstellung beauftragen zu können.

c) Zugleich sollen frühzeitig weiterführende Fördermöglichkeiten identifiziert und ggf. weiterführend Antragschancen ausgelotet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung
bei Enthaltung des Ratsherrn Rabenschlag
von der FWG/FDP-Fraktion

11. Antrag der SPD-Fraktion; hier: Alternative Mobilitätskonzepte –ÖPNV on demand“
- Drucksache Nr. 123/2018

Ratsherr Bösken begründet den Antrag der SPD-Fraktion und weist darauf hin, dass sich Mobilitätsbedürfnisse in allen Schichten aus unterschiedlichen Gründen stark verändern. Ältere Menschen seien häufig in ihrer Mobilität eingeschränkt, neue technische Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung verändern das Mobilitätsverhalten der Jugendlichen. In den vergangenen Jahren mussten nachvollziehbar aus wirtschaftlichen Gründen Einschränkungen des ÖPNV-Angebotes hingenommen werden. Zwischenzeitlich wurden technikunterstütze Modelle im Rahmen der Mobilitätskonzepte „ÖPNV on demand“ erfolgreich in Berlin und Hamburg getestet. In Nordrhein-Westfalen werden ähnliche Maßnahmen in Teilen der Stadt Duisburg getestet, mit dem Ziel, durch individuelle Angebote den ÖPNV wieder aufzuwerten, die Qualität des ÖPNV zu steigern und neue Kunden zu gewinnen. Der Ennepe-Ruhr-Kreis und nicht die Stadt Gevelsberg sei der Aufgabenträger, das Monopol für den ÖPNV im Ennepe-Ruhr-Kreis habe die VER. Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Stadt Gevelsberg dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der VER deutlich signalisieren solle, dass die Stadt Gevelsberg bereit sei, entsprechende alternative Mobilitätskonzepte gemeinsam mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der VER zu testen.

Ratsherr Adrian führt für die CDU-Fraktion aus, dass sie den Antrag inhaltlich begrüße. Er verweist hinsichtlich der Kosten des Projektes auf die schwierige finanzielle Situation der VER und erläutert, dass die Thematik „ÖPNV on demand“ im Rahmen der Erarbeitung des integrierten Klimaschutzkonzeptes unter intensiver Beteiligung der Gevelsberger Bürgerschaft erörtert wird. Er regt an, die Thematik im Rahmen der Beratung der Ergebnisse des integrierten Klimaschutzkonzeptes zu behandeln.

Ratsfrau Zett verweist auf die Zuständigkeit des Ennepe-Ruhr-Kreises und schlägt vor, dass die im Kreistag vertretenden Parteien einen entsprechenden Antrag in den Kreistag einbringen.

Ratsherr Bösken weist darauf hin, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsherr Bärenfänger, das Anliegen „ÖPNV on demand“ in die Beratungen des Arbeitskreises zum integrierten Klimaschutzkonzept eingebracht und die SPD-Fraktion sich intensiv mit der Thematik auseinander gesetzt habe. Er macht deutlich, dass es nicht sein könne, dass der Rat der Stadt Gevelsberg hinsichtlich aktueller Themen, insbesondere der Themen, bei denen sich Fördermöglichkeiten ergäben, Möglichkeiten aus der Hand gäbe, diese eigenständig zu behandeln, da diese parallel in anderen Gremien beraten werden. Der Ennepe-Ruhr-Kreis sei zuständig für die Nahverkehrsplanung, könne eine entsprechende Lösung jedoch nicht ohne Zustimmung des Rates der Stadt Gevelsberg in Gevelsberg umsetzen.

Der Antrag wird umfassend, insbesondere hinsichtlich einer Parallelität zum integrierten Klimaschutzkonzept, diskutiert.

Ratsherr Bärenfänger erläutert die Intention des Antrags und führt aus, dass in einem ersten Schritt zunächst Gespräche mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der VER aufgenommen werden sollen, mit dem Ziel, für Gevelsberg Möglichkeiten alternativer Mobilität auszuloten und versuchsweise umzusetzen.

Ratsfrau Dippel führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag unterstütze. Hinsichtlich einer Parallelität zum integrierten Klimaschutzkonzept weist sie darauf hin, dass die in das Klimaschutzkonzept aufgenommen Themen ohnehin vom Rat der Stadt Gevelsberg priorisiert und beschlossen werden müssen. Unabhängig davon sei es sinnvoll, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Gespräche mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der VER bezüglich der Möglichkeiten alternativer Mobilität für Gevelsberg aufzunehmen. Die Thematik alternativer Mobilität im Rahmen des ÖPNV beziehe sich nicht nur auf den Klimaschutz sondern behandele weitere Aspekte, insbesondere Lösungsmöglichkeiten zur Beseitigung eingeschränkter Mobilität.

Ratsfrau Zett regt an, den Antrag der SPD-Fraktion dahingehend zu modifizieren, dass neben „ÖPNV on demand“ weitere Alternativen bezüglich der Mobilität im Stadtgebiet mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der VER erörtert werden.

Ratsherr Bärenfänger erläutert für die SPD-Fraktion, dass, sofern weitere Alternativen bekannt seien, diese durchaus mitbehandelt werden können.

Interfraktionell wird vereinbart, dass, sofern neue Erkenntnisse hinsichtlich weiterer alternativer Mobilitätskonzepte bekannt werden, diese in die Betrachtung und Prüfung einbezogen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der VER aufzunehmen mit dem Ziel, das alternative Mobilitätskonzept „ÖPNV on demand“ im Gevelsberger Stadtgebiet für einen zu definierenden Projektzeitraum versuchsweise zusätzlich zu realisieren. Projekterkenntnisse sind zu evaluieren und für Zukunftskonzepte zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung
bei Enthaltung des Ratsherrn Rabenschlag
von der FWG/FDP-Fraktion
und Ratsfrau Zett von der Fraktion DIE LINKE

12. Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Frau Zentarra bittet um Mitteilung, ob Mitglieder des Rates der Stadt Gevelsberg Leistungen der Grundsicherung erhalten.
BM Jacobi führt aus, dass er hierzu aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Angaben machen dürfe.

Frau Zentarra führt aus, dass am vergangenen Montag in der Waldstraße Probebohrungen für die Schallschutzwand durchgeführt wurden und fragt an, ob weitere zeitliche Planungen hinsichtlich der Errichtung der Schallschutzwand bekannt seien.
BM Jacobi erläutert, dass hinsichtlich der Thematik eine große öffentliche Veranstaltung stattgefunden habe, in der die Deutsche Bahn die Bürgerschaft über den Sachstand und die weiteren Planungen informiert habe und die Präsentation auf der Homepage der Stadt Gevelsberg zur Verfügung stehe.

Frau Zentarra weist darauf hin, dass der Schotterboden um den Imbissstand Ecke Nordstraße/Mittelstraße sehr uneben und für Rollstuhl- und Rollatorfahrer/innen schwer befahrbar sei. Sie fragt an, ob der Imbissstand dauerhaft bestehen bliebe und für diese öffentliche Fläche Schotterboden erlaubt wäre.
BM Jacobi macht deutlich, dass es sich nicht um eine öffentliche Fläche handele, er jedoch mit dem Gewerbetreibenden Optimierungsmöglichkeiten hinsichtlich der Eingangs- und Übergangsbereiche besprechen könne.
Frau Zentarra führt aus, dass sie den Imbissstand nicht aufsuche und ihretwegen entsprechende Gespräche nicht geführt werden müssen.
Herr Remer weist darauf hin, dass die Nutzung temporär, zunächst für drei Jahre, genehmigt wurde.

13. Fragen von Ratsmitgliedern

Ratsherr Adrian bedankt sich für die Beseitigung des umgestürzten Baumes am Wanderweg, dem Verbindungsweg der Asbecker Straße und der Autobahnbrücke am Klosterholz, durch die Technischen Betriebe und führt aus, dass auf der anderen Seite Richtung Strünkede die Sitzfläche der Ruhebank entfernt wurde. Er bittet um Mitteilung, ob eine Reparatur durch die Technischen Betriebe erfolgen könne.
BM Jacobi sichert, sofern es sich um städtisches Eigentum handelt, eine Instandsetzung durch die Technischen Betriebe zu.

Ratsherr Biederbick führt aus, dass ihm die hervorragende Sauberkeit und die schöne Bepflanzung im Stadtgebiet aufgefallen seien und er diesbezüglich auch von vielen Besucherinnen und Besuchern sowie Bürgerinnen und Bürgern angesprochen wurde. Er bittet um Mitteilung, ob BM Jacobi den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technischen Betriebe für die gute Arbeit danken könne.
BM Jacobi bedankt sich bei Herrn Biederbick und sichert zu, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerne entsprechend zu danken.

Ratsherr Rahn weist darauf hin, dass es seit vielen Jahren in der Region Gevelsberg/Wuppertal den gemeinnützigen Verein „GOFUS-Golfspielende Fußballprofis“ gäbe, der europaweit Charityturniere durchführe und aus den Einnahmen Bolz- und Spielplätze saniere. Bisher wurden dadurch 160 Bolz- und Spielplätze saniert. Der Verein habe einen Aufruf gestartet, dass beabsichtigt sei, bis zum Jahr 2020 weitere 60 Bolz- und Spielplätze instand zu setzen. Hinsichtlich der Sanierungen sei durch die Kommunen ein Eigenanteil zu leisten. Er bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung sich bezüglich der Benennung sanierungsbedürftiger Gevelsberger Bolz- und Spielplätze und der Beantragung von Zuschüssen mit dem Verein in Verbindung setzen könne.
BM Jacobi sichert zu, dass die Verwaltung den Bedarf der Sanierung der Gevelsberger Bolz- und Spielplätze sowie die Möglichkeiten einer Beantragung einer Förderung durch den Verein prüfe.

Ratsfrau Dietz bittet erneut um Mitteilung, ob im Bereich des Stadions Stefansbachtal, zwischen Feverstraße und Ochsenkamp, Müllbehälter aufgestellt werden können, damit Hundebesitzer den anfallenden Hundekot entsorgen können.
BM Jacobi sichert eine Prüfung und ggf. Aufstellung durch die Technischen Betriebe zu.